



HESSISCHER LANDTAG

04. 05. 2021

INA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion der AfD

Demonstration Reisinger Anlagen

Am 17. April 2021 fand in Wiesbaden, Reisinger Anlagen, eine Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen statt. Laut Medienberichten haben an dem Protest ca. 1.200 Menschen teilgenommen. Die Demonstration verlief zunächst friedlich. Zeugenaussagen zufolge war das Betreten und Verlassen der Demonstration anfangs über zwei Zugänge gewährleistet, welche durch die Einsatzkräfte kontrolliert und überwacht wurden. Im Zuge der späteren Auflösung soll einer der Zugänge durch die Einsatzkräfte abgeriegelt worden sein, sodass die Teilnehmer das Gelände nur noch über einen Zugang verlassen konnten. Dadurch soll es zu einem dichten Gedränge gekommen sein. Die Teilnehmer strömten nach und nach in Richtung Bahnhofstraße und wurden anschließend durch die Einsatzkräfte mit Hunde- und Reiterstaffeln, Wasserwerfern sowie Hundertschaften in den Kaiser-Friedrich-Ring getrieben (so die Aussage betroffener Personen). Dort sollen sich ebenfalls Einsatzkräfte den Teilnehmern entgegengestellt und damit ein Weiterkommen verhindert haben. Links und rechts standen Gebäude, sodass sich ein Kessel bildete und die Teilnehmer weder vor noch zurückkonnten. Die Teilnehmer wurden so für ca. 90 Minuten festgesetzt, darunter auch weinende Kinder. Auf das Drängen einer Frau, den Kessel mit ihrem weinenden Kind verlassen zu dürfen, soll ein Polizist geantwortet haben: „Mitgehangen, mitgefangen“ und der Mutter das Verlassen des Kessels verwehrt haben. Die Hessische Polizei wurde dann nach und nach durch Polizeikräfte aus Rheinland-Pfalz verstärkt. Anschließend erfolgte die Durchsage der Polizei, dass die Teilnehmer eine nichtgenehmigte Versammlung bilden. Daraufhin sollen Personen durch die Einsatzkräfte wortwörtlich „an die Wand gestellt, ihre Personalien festgestellt und mit sowie ohne Maske nochmals fotografiert“ worden sein. Anschließend wurden den jeweiligen Personen Platzverweise ausgesprochen und Anzeigen gegen diese wegen Missachtung der Corona-Maßnahmen erstattet. Danach konnten die Personen nach und nach den Kessel verlassen.

Insgesamt fanden vier Gegendemonstrationen mit ca. 400 Teilnehmern statt. Darunter sollen Angehörige der Antifa gewesen sein, die in Gruppen auf einzelne Bürger losgingen und ihnen beispielsweise eine Deutschlandfahne gewaltsam aus den Händen rissen. Darüber hinaus wurden Redebeiträge der Anti-Corona-Demonstration durch Sprechchöre gestört. Bild- und Tonaufnahmen von Teilnehmern der Anti-Corona-Demonstration belegen das. Zeugenaussagen zufolge sollen Angehörige der Antifa Teilnehmer der Demonstration regelrecht überfallen und ihnen zugerufen haben: „Wir impfen euch alle!“ (abgeleitet von „wir kriegen euch alle!“, einer von Antifaschisten häufig gerufenen Parole). Zwischen Teilnehmern der Anti-Corona-Demonstration und Gegendemonstranten kam es zu einer Auseinandersetzung, die mittels Pfefferspray aufgelöst werden musste.

Nach der Demonstration und der Geschehnisse haben mehrere Bürger Briefe an den Polizeipräsidenten und an den Innenminister Beuth geschrieben, welche bis dato unbeantwortet blieben.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie viele Personen wurden für die „Anti-Corona-Demonstration“ offiziell angemeldet?
2. Wie viele Personen nahmen tatsächlich an der Demonstration teil?
3. Wie ermittelten die Einsatzkräfte die tatsächliche Anzahl der Teilnehmer an der Demonstration?
4. Wie wurde die Fläche, auf der die Demonstration stattfinden durfte, optisch oder auf andere Weise kenntlich gemacht, damit jeder Teilnehmer wusste, ab wann er das Demonstrationsgelände betritt und sich an die dort geltenden Vorgaben zu halten hat?

5. Wie wurde der Zugang zur Demonstration geregelt?
6. Welche konkreten Maßnahmen musste der für die Demonstration Verantwortliche veranlassen, um die Einhaltung der Corona-Maßnahmen während der Demonstration zu gewährleisten?
7. Wer und wie viele Personen wurden für die Überwachung der Einhaltung der Corona-Maßnahmen während der Demonstration eingesetzt?
8. Führten die ergriffenen Maßnahmen dazu, dass die Corona-Maßnahmen eingehalten wurden?
9. Falls die vorherige Frage verneint wurde, wie viele Verstöße gegen die Corona-Maßnahmen wurden festgestellt?
10. Durch wen wurde wann und warum die Veranstaltung aufgelöst?
11. Wie viele Demonstranten nahmen zum Zeitpunkt der Auflösung der Anti-Corona-Demonstration an der Demonstration noch teil?
12. Mussten die Einsatzkräfte durch Androhung polizeilicher Maßnahmen dazu beitragen, dass die Demonstration aufgelöst wurde, da sich die Teilnehmer der Auflösung widersetzen?
13. Sollte es zu Widerstand gegen die Auflösung der Demonstration gekommen sein, wie stellte sich dieser Widerstand konkret dar?
14. Wurde im Zuge der Auflösung der Demonstration einer der Zugänge/Abgänge durch die Einsatzkräfte abgeriegelt?
Falls ja, mit welcher Begründung?
Falls nein, wie bewertet die Landesregierung die gegenteiligen Aussagen der Zeugen des Vorfalls?
15. Kam es zu einer Einkesselung der Teilnehmer der Anti-Corona-Demonstration durch die Einsatzkräfte?
Falls ja, wie begründet die Landesregierung dieses Vorgehen der Polizei?
16. Wurden aus Sicht der Landesregierung die Demonstranten durch die Einkesselung an der Auflösung der Demonstration gehindert?
17. Wenn die Einkesselung verneint wird, wie erklärt sich die Landesregierung die Aussagen mehrerer Bürger bzw. Teilnehmer der Demonstration dazu?
18. Ist der Landesregierung bekannt, dass einer Mutter mit ihrem weinenden Kind die Entfernung aus der Menschenmenge verwehrt wurde?
Falls ja, wie begründet die Landesregierung das Vorgehen der Einsatzkräfte?
19. Im Zuge zahlreicher Personenkontrollen/Identitätsfeststellungen wurden durch die Einsatzkräfte Fotos von den betroffenen Personen gemacht. Was geschieht mit diesen Fotos nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen?
20. Werden diese Fotos gespeichert, und wenn ja, warum und auf Grund welcher Rechtsgrundlage erfolgt diese Speicherung?
21. Werden zu den betroffenen Personen polizeiliche Akten erstellt?
Wenn ja, aufgrund welcher Rechtsgrundlage und welchen Löschfristen unterliegen diese Akten und die gemachten Fotos?
22. Den Gegendemonstrationen wird eine Teilnehmerzahl von ca. 400 Personen zugeschrieben. Wie viele dieser Personen sind der Antifa oder anderen linken bzw. linksextremistischen Vereinigungen zuzuschreiben?
23. Auf Bild- und Tonaufnahmen ist zu erkennen, wie Angehörige der Antifa mit Sprechchören die Anti-Corona-Demonstration stören und durch die Polizei in einem dichten „Handge-
menge“ abgedrängt und des Platzes verwiesen werden.
Wurden die Personalien dieser Personen durch die Polizei festgestellt?
Falls nein, wieso nicht?
Falls ja, welche rechtlichen Schritte werden gegen diese Personen eingeleitet?

24. Auf Bild- und Tonaufnahmen ist zu erkennen, dass Angehörige der Antifa die Corona-Maßnahmen z.B. durch Nichteinhalten der Mindestabstände, missachtet haben. Wurden diese Personen ebenfalls einer Personenkontrolle/Identitätsfeststellung unterzogen?
Falls nein, wieso nicht?
Falls ja, welche rechtlichen Schritte werden gegen diese Personen eingeleitet?
25. Mehrere Bürger/Teilnehmer haben angekündigt, dass Verhalten der Einsatzkräfte zur Anzeige bringen zu wollen. Wie viele Anzeigen anlässlich der Demonstration sind bereits gegen die Einsatzkräfte eingegangen?
26. Mehrere Bürger/Teilnehmer haben angekündigt, sich mit direkten Schreiben an den Innenminister sowie an den Polizeipräsidenten und ggf. auch an andere Institutionen zu wenden. Wie viele solcher Schreiben sind postalisch oder digital bisher eingegangen? Bitte entsprechend aufschlüsseln.
27. Wie viele dieser Schreiben sind bereits mit einer Eingangsbestätigung oder mit einem abschließenden Antwortschreiben beantwortet worden? Bitte entsprechend aufschlüsseln.

Wiesbaden, 4. Mai 2021

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe